

**Mitgliederversammlung der Bayerischen Chemieverbände  
2015**

**Bericht des Vorsitzenden der Bayerischen Chemieverbände  
Herrn Dr. Günter von Au**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Meine Damen und Herren,  
verehrte Gäste,

ich eröffne den Vortragsteil der diesjährigen Mitgliederversammlung  
der Bayerischen Chemieverbände und begrüße Sie sehr herzlich.

Bevor ich das Wort an unseren Gastredner, Herrn Günter H.  
Oettinger, EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft  
übergebe, möchte ich die Gelegenheit nutzen und selbst ein paar  
Worte an Sie richten:

Meine Damen und Herren,

„Von nichts kommt nichts“, aber „was weg ist, ist weg“. Viele von Ihnen kennen diesen Spruch.

Gemeint ist, dass Erfolge nicht von ungefähr kommen und hinter jedem echten Erfolg viel Arbeit steht, - aber auch, - dass ein verlorenes Gut meist nicht einfach wieder zu bekommen ist.

Das gilt z.B. für die Arbeit von Chemikern im Labor: Nur mit guten Ideen, Fleiß und Hartnäckigkeit schafft man es, einen neuen Stoff herzustellen. Aber wenn er aus Versehen im Ausguss landet, muss man von vorne anfangen.

Es gilt auch für den Sport: Nur mit ausreichendem und regelmäßigem Training kann man die Leistungsfähigkeit und die Fitness verbessern. Aber wehe man hört für eine Weile mit dem Trainieren auf – dann ist der mühsam erarbeitete Trainingserfolg sehr schnell wieder weg.

Und meine Damen und Herren, es gilt auch für unseren Industrialisierungsgrad und den damit einhergehenden Wohlstand: Es hat viele Jahrzehnte gebraucht, bis Deutschland zu einer der wichtigsten Industrienationen geworden ist und damit zum heutigen Wohlstand gefunden hat.

Wenn die Rahmenbedingungen für ein wettbewerbsfähiges Wirtschaften in Deutschland nicht mehr gegeben sind, wird der Industrialisierungsgrad sehr schnell wieder zurückgehen. – „Was weg ist, ist weg“. Um das heutige Niveau dann wieder zu erreichen, wäre ein ungleich höherer Preis zu zahlen als jetzt zur Verbesserung der Rahmenbedingungen nötig wäre.

Meine Damen und Herren,

vor etwa einem Jahr hat Russland die Krim annektiert. Seit dieser Zeit gibt es im Osten Europas wieder Krieg. Der russische Präsident Putin wurde wegen der Rolle Russlands im Ukraine-Konflikt nicht

zum G7 Gipfel eingeladen. Und erst vor Kurzem haben unsere amerikanischen Bündnispartner schweres Kriegsgerät in den Osten Europas verlegt – an die russische Grenze.

Auf russischer Seite wird ebenso aufgerüstet.

Wie stabil – und vor allem, wie sicher – ist unser Europa?

Auch die zunehmende Terrorgefahr hier in Europa gefährdet unsere Sicherheit. Ich erinnere an die schrecklichen Morde an den „Charlie-Hebdo“-Redakteuren und die jüngsten Anschläge auf Urlauber in Tunesien oder die grausamen Vorfälle in einem französischen Werk für Industriegase.

Wenden wir unseren Blick ganz in den Südosten Europas – in die Geburtsregion Europas – nach Griechenland:

Am letzten Wochenende wurde ein Referendum abgehalten, das alle Griechen vor die Wahl stellte zwischen Staatspleite, Austritt aus dem Euro, Wirtschaftskrise und sogenannten Strukturreformen, die auch deutliche Einschnitte für viele Beteiligte bedeutet hätten.

Die Griechen haben sich mit über 60 % relativ klar gegen Strukturreformen, also weitere Einschnitte entschieden. Damit ist natürlich noch keine Staatspleite und auch kein „Grexit“ entschieden, aber der Lösungsraum hat sich doch deutlich verkleinert.

Europa wird gerade auf eine harte Probe gestellt, denn Solidarität zwischen den Ländern ist ein Leitgedanke. Andererseits dürfen wir auch nicht das Recht verlassen. Ein echtes Dilemma.

Niemand kann beurteilen, was diese Entscheidung für die Lebensbedingungen in Griechenland in Zukunft bedeuten. Aber wir können froh sein, dass wir diese Probleme nicht haben.

Auch an den Flüchtlingsströmen sehen wir, auf welcher Insel der Glückseligkeit wir eigentlich leben.

Wir vergessen wohl leider allzu oft, dass die vorhandene Sicherheit sowie die derzeit akzeptable Wirtschaftslage in Deutschland, dass der jahrzehntelange Frieden in Europa hart erarbeitete Errungenschaften sind – Errungenschaften, die, wenn wir nicht aufpassen, auch schnell verloren gehen können.

Dies vor Augen frage ich mich, welche Blüten wir uns in der Wirtschaftspolitik leisten.

Lassen Sie mich anhand einiger Beispiele aufzeigen, wie wir bzw. unsere politische Führung völlig ohne Not unseren Wirtschaftsstandort schwächen – vermeintlich zum Wohl der Bürger.

#### Beispiel 1: Das EEG

Ursprünglich war das EEG als Anschubsubvention für Technologien zur Gewinnung erneuerbarer Energie gedacht. Daran ist selbst für Verfechter der Sozialen Marktwirtschaft nichts auszusetzen. Denn, wenn es Technologien gibt, die Strom erzeugen und dabei weniger Ressourcen verbrauchen und weniger CO<sub>2</sub> produzieren, kann das nur gut sein.

Aber wer glaubt, dass ein von den deutschen Stromverbrauchern finanzierter Ausbau von Erneuerbaren Energien hilft, die eigentlichen Ziele der Energiewende zu erreichen, der irrt leider sehr.

Weil die volatilen Quellen keine gesicherte Leistung zur Verfügung stellen können, ist damit ein Ersatz konventioneller Kraftwerkskapazität nicht möglich. Wir müssen ja auch in der Nacht bei Windstille den Bedarf decken können. Speicher gibt es derzeit noch keine.

Ersatz von konventioneller Erzeugung (Arbeit) ist zwar schon möglich, aber nicht wirtschaftlich. Denn wirtschaftlich betrachtet ersetzen die Erneuerbaren mit all Ihren Kosten nicht Kraftwerke

sondern nur Brennstoff. Damit macht das EEG den Strom im Wesentlichen teurer.

Und sehen wir auf die CO<sub>2</sub>-Bilanz, muss man feststellen, dass das EEG nicht zu einer Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen beitragen kann, denn diese sind durch unser europäisches CO<sub>2</sub>-Zertifikatesystem ETS geregelt und definiert.

Die Einigung mit Griechenland ist vor dem Referendum dem Vernehmen nach wegen etwa einer halben Milliarde Euro gescheitert und *wir* haben 22 Mrd. Euro jährlich übrig – insgesamt viele hundert Milliarden –, um sie für ein Subventionsmodell auszugeben, das den Strom teurer, unsicherer und nicht CO<sub>2</sub>-ärmer macht.

Es geht sogar noch weiter: Die volatilen Quellen zwingen die konventionellen Kraftwerke zu einem ineffizienten Produktionsmodus, der auch die Lebensdauer der Kraftwerke reduziert, sie zwingen zum Bau vieler Stromtrassen und sie zwingen zu weiteren Infrastrukturinvestitionen. Das EEG verursacht also noch weitere Kosten im System.

Und *das* ist auch das Hauptthema, das seitens der Politik gerne ignoriert wird: die Kosten.

*Alle* derzeitigen Ideen, politischen Vorstöße und Kompromisse werden wohl für höhere Strompreise sorgen.

*Alle* derzeit in der Diskussion befindlichen Vorschläge schwächen die Industrie! Und alles ohne Not! – ganz hausgemacht!

Meine Damen und Herren, wir müssen die völlig verfahrenere Situation in der Energiepolitik retten, um unseren Wirtschaftsstandort nicht noch mehr zu schwächen.

In diesem Zusammenhang auch Beispiel 2: Stromtrassen

Wie es derzeit aussieht, gibt es im Streit um die Stromtrassen eine Einigung. Eine Einigung zwischen den Parteispitzen der SPD und CSU bzw. der bayerischen Staatsregierung und dem Bundeswirtschaftsministerium. „Einigung“ klingt nach „alles wird gut“, aber leider heißt die Einigung vor allem, dass alles teurer wird – und vermutlich auch länger dauert, also noch teurer wird.

Man hat sich geeinigt, möglichst viel über Erdverkabelungen zu lösen, um den Widerstand der Bürger gering zu halten. Die Kosten für Erdverkabelung belaufen sich auf das 3- bis 8-fache je Kilometer. Ob der Widerstand tatsächlich geringer sein wird, werden wir sehen.

Man hat sich auch geeinigt, dass bis 2020 einige Kohlekraftwerke vom Markt in die Reserve wechseln – das war das Zugeständnis Bayerns an Gabriel. Damit geht günstiger Strom aus dem Markt und der Strompreis wird steigen. (Ja, Kohlestrom ist günstig)

Und wozu dient diese Maßnahme? Um es vorweg zu nehmen, dem Klima kann sie nicht helfen, denn diese Kraftwerke unterliegen dem ETS-Regime.

Diese Maßnahme kann lediglich dem nationalen (!) Klimaschutzziel helfen. Und hier sieht man auf welcher Ebene wir diskutieren: Ein nationales Klimaschutzziel, das *keine* (!) Relevanz für die europäischen CO<sub>2</sub>-Emissionen hat, sorgt für höhere Stromkosten in Deutschland – weil es politischer Wille ist.

Der Kompromiss sieht also vor, dass sich beide Seiten jeweils auf eine teurere Variante einigen, ohne dass die Vorteile offensichtlich werden und ohne dass diejenigen gehört wurden, die es bezahlen sollen.

Man gewinnt auch manchmal den Eindruck, dass eine Verweigerungshaltung aus verhandlungstaktischer Sicht erfolgt – so vermutlich auch die Weigerung Bayerns bei der Annahme von Castoren.

Mehr Miteinander, weniger Gegeneinander, mehr Vernunft, weniger Machtkampf wäre sinnvoll. Weniger deutsche Ziele, mehr europäische Ziele, weniger deutsche Lösungen, mehr europäische Lösungen.

Beispiel 3: Rente mit 63 und Mindestlohn

Das Wirtschaftsmodell in Deutschland lautet: Soziale Marktwirtschaft, ein Gegenmodell zum reinen Kapitalismus, aber auch ein Gegenmodell zur Planwirtschaft. Wir haben deshalb leistungsfähige soziale Sicherungssysteme – eigentlich genau, damit der Staat nicht in die Preisbildung der Tarifparteien beim Faktor Arbeit eingreifen muss.

Man kann sich sicher trefflich streiten über die Effekte des Mindestlohns auf Beschäftigung, Lohnniveau und Gerechtigkeit. Worüber man kaum streiten kann, sind die neuen Anforderungen an die Unternehmen, denn die müssen nun beweisen, dass sie den Mindestlohn zahlen. Systeme für Arbeitszeiterfassung müssen implementiert werden, Gehaltsbestandteile müssen zugeordnet werden, Dokumentationspflichten müssen erfüllt werden. Selbst wenn man den Mindestlohn als solchen akzeptiert, das damit verbundene Bürokratiemonster ist nicht akzeptabel.

Viel schlimmer für *unsere* Industrie ist allerdings die so genannte Rente mit 63. Anträge zu frühzeitiger Verrentung nach 45 Beitragsjahren stellen manche Firmen vor die fast unlösbare Aufgabe, innerhalb kürzester Zeit eine große Menge der meist besonders erfahrenen Mitarbeiter zu ersetzen. Und das bei dem

ohnehin vorherrschenden Fachkräftemangel. Hier schlägt die Demografie gleich doppelt zu. Insbesondere für kleinere Firmen ist es ein „Demografieproblem *hoch zwei*“.

Auch in diesem Fall wurde in einem kleinen Kreis – damals ein Verhandlungsteam zum Koalitionsvertrag – ein „Kompromiss“ beschlossen und in der Folge ohne Rücksicht auf Verluste umgesetzt.

Der nächste Rückschlag für die Wirtschaft und die Industrie kündigt sich schon an. Denn auch die Erbschaftssteuer stellt insbesondere den Mittelstand und Kleinbetriebe vor ernste Probleme. Der jüngste Kompromiss der Koalition löst dieses Problem leider nicht. Es besteht weiter Nachbesserungsbedarf. Wenn die Erbschaftssteuer falsch ausgestaltet wird, dann kann ein ohnehin oft schwieriges Nachfolgethema plötzlich zu einem existenzbedrohenden Problem für ein Unternehmen werden - insbesondere bei Familienunternehmen.

Wir brauchen eine Regelung zur Erbschaftssteuer, die die wichtigste Säule der Wirtschaft – den Mittelstand – nicht weiter schwächt.

Meine Damen und Herren,  
das einzige wirtschaftsfreundliche Thema heißt derzeit TTIP – ein Freihandelsabkommen mit den USA. Wenn es richtig ausgestaltet ist, könnte gerade unsere Branche stark profitieren. Ich nenne nur die Stichworte: Produktkennzeichnung, Doppelinspektionen (im Pharmabereich) oder Vermeidung von mehrfachen Produkttests. Aber auch hier ist die öffentliche Diskussion manchmal grotesk. *Wir* sehen TTIP als eine große Chance für die Wirtschaftsbeziehungen zu den USA an und sind überzeugt, dass Ängste in der Gesellschaft diesbezüglich ausgeräumt werden können oder sich durch entsprechende Ausgestaltung von TTIP vermeiden lassen.



Meine Damen und Herren,

die aktuelle wirtschaftliche Lage ist derzeit nicht schlecht. Noch ist die Situation zu retten, noch haben wir Handlungsspielräume, um gute Wirtschaftspolitik zu machen, noch ist es nicht zu spät.

Wirtschaftspolitik macht sich aber immer mit deutlichem Verzug bemerkbar und Maßnahme und Wirkungen hängen oft nicht linear zusammen. Auch kleine Änderungen im Preis eines Rohstoffs können über die Existenz einer Firma entscheiden.

Es ist jetzt wichtig, dass die Politik erkennt, dass die Zeit drängt und dass in den angesprochenen Politikbereichen die Entscheidung pro Industrie, pro Wirtschaft und damit auch pro Arbeitnehmer, pro Steuereinnahmen und pro Wohlstand getroffen werden müssen.

Es fehlt an einer echten Wirtschaftspolitik, die leider aufgrund unsinniger, nationaler CO<sub>2</sub>-Einsparungsziele, einer falsch verstandenen Treue zum Koalitionsvertrag und einer meist zu regionalen Sicht auf die Dinge viel zu kurz kommt.

Die bayerischen Unternehmen konkurrieren mit Firmen in China, Amerika und Japan. Wettbewerbsfähigkeit muss daher auf internationalem Niveau sichergestellt sein. Wir müssen auch nicht jedes Problem für Bayern in Bayern lösen. Strom kann man beispielsweise auch über Leitungen nach Bayern bringen. Auf europäischer Ebene lassen sich Erzeugungskapazitäten auch viel besser optimieren als auf deutscher oder gar bayerischer.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie uns gemeinsam für mehr wirtschaftsfreundliche Politik werben und die positive Wirkung der Industrie für unsere Gesellschaft besser herausstellen. Denn, geht es der Industrie gut, geht es allen besser.

Es gibt noch viel zu tun, denn: „Von nichts kommt nichts“ und das Risiko ist hoch.

Denn: „Was weg ist, ist weg!“

Ganz herzlichen Dank!

---

München, 08.07.2015